

Freiwilligendienste stärken - Mittelkürzungen verhindern

Freiwilligendienste bedeuten in vielen Bereichen ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für Kinder und Jugendliche. Ein Engagement, sich nachhaltig für die Gesellschaft einzusetzen. Deutschlandweit engagieren sich derzeit etwa 80.000 junge Menschen zivilgesellschaftlich in einem Freiwilligendienst und stärken so den Zusammenhalt in unserer Demokratie, insbesondere in den Jugendfreiwilligendiensten (Freiwillige Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr).

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) sind Orte des sozialen Lernens und der Inklusion. Sie eignen sich aufgrund der Einsatzstellenvielfalt und den niedrighschwelligigen Zugangsvoraussetzungen für Jugendliche und junge Erwachsene aus allen Milieus unserer Gesellschaft.

Aus engagementpolitischer Sicht leisten FSJler*innen und FÖJler*innen im Rahmen ihres Dienstes einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag für, an und mit Menschen in Deutschland. Viele dieser jungen Engagierten möchten sich auch nach ihrem Dienst ehrenamtlich weiter engagieren und stellen somit auch nach ihrem Dienst eine bedeutsame Ressource ehrenamtlichen Engagements dar.

Weiterhin sind die Freiwilligendienstleistenden von heute die Auszubildenden von morgen. Die Evaluationen der vergangenen Jahre zeigen, dass für einen Großteil der Jugendlichen der Freiwilligendienste Wegbereiter für eine berufliche Orientierung im sozialen Bereich ist. Vor allem in Hinblick auf den Fachkräftemangel in sozialen und pflegerischen Berufen müssen Freiwilligendienstleistende auf ihrem Berufsweg unterstützt werden, um sie langfristig als Arbeitnehmer*innen binden zu können.

Die Träger der Freiwilligendienste haben immer mehr mit den steigenden Personalkosten sowie den steigenden Kosten für die Durchführung der Bildungsseminare zu kämpfen. Um die Ziele des Jugendfreiwilligendienstes weiterhin in einer hohen Qualität gewährleisten zu können, braucht es finanzielle Sicherheit. Die Mittelerrhöhung des vergangenen Jahres war eine erste Entlastung der Träger der Jugendfreiwilligendienste. Umso größer war die Enttäuschung über die Nachricht, dass dieser Zuwachs nicht verstetigt werden soll. Statt der Förderung des freiwilligen Engagements der Freiwilligendienstleistenden, werden Mittel in Millionenhöhe für eine Engagement-Stiftung bereitgestellt, deren Zweck die Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit junger Menschen nicht nützt.

Daher fordern der Deutsche Bundesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen vom Bundestag und der Bundesregierung die Kürzungen zurückzunehmen sowie eine Verstetigung der notwendigen Mittel im Etat der Freiwilligendienste. Außerdem fordern wir mittelfristig eine generelle und bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel im Haushalt der kommenden Jahre.

Einstimmig beschlossen von der Vollversammlung am 25.-27. Oktober 2019 in Berlin.